EU und Vielfalt durch echte Demokratie in ihren Strukturen

Erich Kowald
Version 1.03; Wien 2017

Inhaltsverzeichnis

a) Vielfalt erlauben: EU-Struktur ändern - das Primat der Wirtschaft aufbrechen für mehr Demokratie.....1
b) Vielfalt fördern: Machtverteilung zugunsten der Allgemeinheit.....6
c) Es stellen sich für mich daher folgende Diskussions-Fragen:.....10
d) Literatur.....11
d.1) Bücher.....11
d.2) Web-Links.....11

a) Vielfalt erlauben: EU-Struktur ändern - das Primat der Wirtschaft aufbrechen für mehr Demokratie

Warum dominieren eigentlich in der EU so die wirtschaftlichen Interessen ?
Warum haben soziale, ökologische, kulturelle Aspekte oder die Menschenrechte so wenig Einfluß ?

Nun das liegt in der geschichtlichen Entwicklung zur EU.

Die heutige EU enstand aus verschiedenen Handelsabkommen.[1]

Der erste Vertrag war das Eisen- und Stahlabkommen[2], zwischen Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten. Dabei ging es um zweierlei:

1. Einerseits die Förderung des Wirtschaftsaufbaus durch gemeinsame Koordination der Schwerindustrie und des Bergabaus
2. Andererseits um den Abbau des gegenseitigen Mißtrauens der NATO-Partner untereinander, damit diese gemeinsam gegen die Sowjetunion (bzw. Warschauer Pakt) arbeiteten. Denn dadurch, daß alle die Infos über die Produktion der Schwerindustrie der anderen Staaten hatten, war ein heimliches Aufrüsten, wie in den 30er Jahren nicht mehr möglich.

Beide Punkte wurden erreicht. Es war eine gute Idee, auf diese Weise das gegenseitige Mißtrauen abzubauen und gleichzeitig den Wirtschaftsaufbau zu fördern.

Das Besondere an diesem Konstrukt war, daß die eigentliche Verwaltung an eine Kommission ausgelagert wurde. Diese hatte exekutive und legislative Gewalt und wird als Vorläuferin der EU-Kommission gesehen.
Es gab ein Beratungsgremium aus ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, das als Vorläufer des

1 *[in EU_POLITISCHER_HANDELSPAKT]*
2 *[in WIKI_MONTANUNION_EN, WIKI_MONTANUNION_DE]*

„Wirtschafts- und Sozialausschuß“ gesehen wird.
Die Ressortminister traten als „besonderer Rat“ zusammen.
Insgesamt 78 Parlamentarier der beteiligten Länder bildeten die „Gemeinsame Versammlung“, die aber nur Kontrollrechte hatte und als Vorläufer des EU-Parlamentes gesehen wird.

Was schon auffällt ist, daß bei diesem Konstrukt die eigentlichen Entscheidungen bei Kommission und "besonderer Rat" lagen, während die Parlamentarier nur zusehen konnten und Kontrollrechte bekamen.

Konnte man damals diese Struktur noch begründen, daß dieser Vertrag eine eng begrenzte Zuständigkeit und vor allem die wirtschaftliche Koordination der verschiedenen Länder zum Ziel hatte, wurde dieses Konzept aber auch in die nun folgenden REINEN Handelsverträgen aufgenommen: Den Verträgen von Rom, dem EURATOM-Vertrag, dem EWG-Vertrag.

Und 1967 wurden im Fusionsvertrag die verschiedenen Kommissionen dieser Verträge in der Europäischen Kommission verschmolzen.[3]

In den 1980er Jahren fürchteten die europäischen Konzerne, daß sie gegenüber der USA ins Hintertreffen kommen würden und verlangten einen Europäischen Binnemarkt. Damit sie dies auch politisch durchbringen konnten, gründeten sie den European Round Table of Industrialists (ERT).[4]

Der ERT konnte seine Ideen erfolgreich bei den PolitikerInnen durchsetzen und es entstand der Plan dem Binnenmarkt eine politische Konstruktion draufzusetzen. Auch dabei war der ERT federführend, der in den meisten Kommissionen zur Schaffung des Binnenmarktes seine Abgesandten drinnen hatte. Viele Pläne von ihm wurden 1:1 als EU-Ziele (z.B.: TEN, Trans Europäische Netze) als Binnemarkt- oder politische Ziele übernommen.

Was fehlte, war eine europaweite Diskussion verschiedenster Institutionen und GesellschaftsvertreterInnen, wie dieser Binnenmarkt gestaltet werden soll.

Dafür gab es mehrere Gründe:

1. Einerseits wollte der ERT keine Konkurenzmodelle zu seinem Eigenen haben,
2. andererseits war es auch für die Politiker sehr verführerisch über Brüssel als Legislative (ohne irgendeine parlamentarische Kontrolle oder Dokumentation) das durchzubekommen, was in den eigenen Ländern nicht durchzubringen war.

Daher sah der Vertrag von Maastricht[5] zwar vor, das EU-Parlament direkt durch die Bevölkerung zu wählen, gab diesem Parlament aber gleichzeitig fast keine Rechte.
Dafür wurden im Interesse der Konzerne die 4 Wirtschaftsfreiheiten (Freier Warenverkehr, freier

3 *[in WIKI_EG_FUSIONSVERTRAG; EU_POLITISCHER_HANDELSPAKT S. 2 ff]*
4 *[in WIKI_ERT]*
5 *[in WIKI_MAASTRICHT]*

Personenverkehr, Niederlassungsfreiheit und Freiheit des Kapital- und Zinsverkehrs) als wichtigste Punkte festgeschrieben.

Das Teuflische an diesen 4 Wirtschaftsfreiheiten (Freier Warenverkehr, freier Personenverkehr, Niederlassungsfreiheit und Freiheit des Kapital- und Zinsverkehrs) ist, daß die Nationalstaaten (zwar) offiziell im Sozial-, Arbeits-, Ökologie- und Kulturbereich selbständig entscheiden dürfen. Nur dürfen deren Entscheidung diese 4 Wirtschaftsfreiheiten NICHT einschränken. Und der EUGH sorgt dafür möglichst jede Einschränkungsmöglichkeit zu verhindern.[6]
Somit wurde das Primat der Wirtschaft in der EU festgeschrieben und jeder parlamentarischen Änderungsmöglichkeit entzogen.

Der Vertrag von Lissabon brachte zwar auch mehr Rechte für das Europäische Parlament (es darf aber immer noch nicht über Außenpolitik oder Polizei- und Justizzusammenarbeit mitreden), aber Menschenrechte, Klimaschutz- oder Sozialpolitik sind nur in der Präambel festgehalten. Damit sind sie für den EUGH weiterhin nicht so wichtig, wie die 4 Wirtschaftsfreiheiten (bzw. denen untergeordnet).[7]

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Beispiel aus der österreichischen Geschichte.

Im Jahr 1866 kam es zum Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn. Danach hatte die k.u.k. Monarchie 2 autonome Länder und es gab übernational nur folgende Ministerien: Außen-, Verteidigungs- und Finanzministerium.[8]

Das EU-Parlament darf also gerade in jenen Bereichen nicht mitreden[9], welche die damaligen k.u.k Politiker als substantiell für einen Staat gesehen hatten.

Mittlerweile ist das etwas aufgeweicht:

1. bei Handelsabkommen darf das EU-Parlament zum Schluß seine Zustimmung oder Ablehnung bekanntgeben
2. Die EU-Finanzen darf das Parlament zumindestens gemeinsam mit dem Rat der Finanzminister genehmigen (obwohl gerade das völlige Budgetrecht eine der wichtigsten Rechte von Parlamenten ist)

Im Gegensatz zu den in Medien, Politik und von LehrerInnen verbreiteten Geschichte, war nicht eine soziale Friedensunion das Ziel bei der EU-Gestaltung, sondern die Macht Europas in der Welt wieder herzustellen (vorerst einmal auf dem wirtschaftlichen Bereich, am militärischen wird gerade aktiv gearbeitet[10]).
Dazu ist eine starke Wirtschaft, Miltär und die Aufrechterhaltung des inneren Friedens notwendig. Letzterer könnte durch eine gute Sozialpolitik gewährleistet werden, aber es wird

6 *[in WIKI_EUGH]*
7 *[in WIKI_VERTRAG_LISSABON]]*
8 *[in WIKI_KUK_MINISTERIEN]]*
9 *[in WIKI_EP]*
10 *[in EU_AUFRUESTUNG]*

der Weg der Überwachung und des gegeneinander Ausspielens der ärmeren Gesellschaftsschichten gewählt.[11]

Die Dominanz der Wirtschaft und ihrer Interessen zeigt sich in der EU sowohl in der Struktur, sowie ihren Entscheidungen, als auch in der Anzahl der Lobbyisten in den verschiedenen Bereichen:

> "Ein direkter Vergleich der in Brüssel vertretenen Gewerkschaften mit den ihnen gegenüberstehenden Unternehmen und deren Verbänden ergibt ein Verhältnis von mehr als 1:50. Bezieht man in diese Berechnung auch noch Beratungsfirmen, Anwaltskanzleien und professionelle LobbyistInnen ein, wird das Missverhältnis noch eklatanter, das Verhältnis beträgt dann sogar mehr als 1:65!"[12]

Dreimal darf man raten, welche Seite mehr Geld hat, um z.B.: PolitikerInnen und Beamte als KonsulentInnen zu engagieren. Natürlich ohne Vorableistungen zu verlangen, oder diese zu erwarten.

So haben wir aktuell einen EU-Kommissionspräsidenten, der in seinem Land mit Konzernen Spezialabkommen getroffen hatte, sodaß deren Besteuerung auf 1% gesenkt wurde. Das war auch für EU-Verhältnisse illegal. Verhaftet und vor Gericht gestellt wurde aber der Informant.[13]

Die aktuelle Welle der „Frei“-Handelsabkommen (TTIP, CETA, mit Japan, Mexiko, …) zeichnen sich durch 3 Punkte aus:

1) Die Konzerne erhalten das zusätzliche Recht der Investitionsklage, die ursprünglich vor Enteignung schützen sollte, in den letzten Jahren aber immer mehr zur Gewinnentgangsklage verkommen ist[14] ohne daß von den Konzernen eine Gegenleistung (z.B.: Einhaltung Arbeitsrechte, Umweltschutz, keine Steuervermeidung, …) verlangt wird
2) Das gegenseitige Anerkennen des jeweils niedrigsten Standards (Produkte, Umweltschutz, Lebensmittelrecht, Arbeitsrechte, Konsumentenschutz, …) zerstört erreichte Schutzniveaus zugunsten von mehr Profit[15]
3) Die technische Harmonisierungskommission, die von den jeweiligen Regierungen beschickt werden, und ohne weitere demokratische Kontrolle Standards aushandeln, verändern den Vertrag. Er hat in 20 Jahren dadurch einen anderen Inhalt als heute.[16]

Der Primat der Wirtschaft drückt sich auch noch in der Abkehr von der Positivliste hin zur Negativliste aus. Wurde früher in einem Vertrag genau beschrieben, wofür er gilt, ist nun in den Verträgen genau definiert, wofür er nicht gilt.[17]

---

11 *[in EU_GUMMIPARAGRAPH_TERROR; EU_TERROR_INSTRUMENTALISIERT]*
12 *[in EU_LOBBYISMUS]]*
13 *[in HANDEL_LUXLEAK_WHISTLE_ANKLAG]]*
14 *[in FREIHANDEL_INVESTORENKLAGE]*
15 *[in CETA_DEMOKRATIE_GEFAEHRDUNG]*
16 *[in TTIP_GEGEN_ARBEITSRECHTE]*
17 *[in TP_POSITIVLISTE]*

Sollte es eine neue Entwicklung/Technik/Wissen geben, die sich heute noch niemand vorstellen kann, fällt es automatisch in den Vertrag (weil es nicht auf der Negativliste steht). Jede Regulierung dieser neuen Techniken hat daher das Damoklesschwert der Investitionsschutzklage über sich schweben --- egal wie schädlich es für Menschen oder Umwelt ist.

Letztendlich schränken diese Verträge die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten ein. Mit der Begründung, es seien nur Wirtschaftsthemen, keine Politischen werden sie durchgesetzt und enthalten viele Klauseln, die der Politik die Gestaltungsmöglichkeit nehmen.[18]

18 *[in TTIP_FUER_KONZERNE]*

b) Vielfalt fördern: Machtverteilung zugunsten der Allgemeinheit

Vielfalt statt Eintönigkeit bedeutet, daß Vieles einfließt und es nicht nur eine Lösung gibt.

Daher herrscht in einer funktionierenden Demokratie auch eine Meinungsvielfalt vor, während in einer Diktatur einer bzw. eine Gruppe die Meinung vorgibt und jeden verfolgt, der eine vielfältigere (andere) Meinung vertritt.

De facto geht es daher bei Mitsprache der Bevölkerung auch immer um die Machtfrage. Können die Mächtigen (Reiche, Konzerne, Adelige, PolitikerInnen, ...) alleine entscheiden, oder bekommen sie (auch) Vorgaben vom Rest der Bevölkerung.

Dies kann man schön an einem Spruch sehen, der sich im Laufe der Jahrhunderte leicht verändert hat:

- Anfang des 19. Jhts. haben die Adeligen die Mitsprache der Bürgerlichen abgelehnt, weil diese zu ungebildet seien, um komplexe Zusammenhänge zu verstehen.
- Anfang des 20. Jhts. haben die Bürgerlichen die Mitsprache der ArbeiterInnen abgelehnt, weil diese zu ungebildet ....
- Mitte des 20. Jhts. haben die europäischen Kolonialherren die Unabhängkeit ihrer Kolonialvölker abgelehnt, weil diese zu ungebildet ...
- Anfang des 21. Jhts lehnen die Mächtigen und Intellektuellen in der EU die Mitsprache der Bevölkerung ab, weil diese zu ungebildet ...

In der EU zeigt sich dieses Machtinteresse, wenn man sich die Haltungen der Medien und PolitikerInnen zu EU-Parlamentswahlen und verschiedenen Volksabstimmungen zu EU-Themen anschaut.

Diese Abstimmungen sind in letzter Zeit meist so verlaufen, daß die EU-Themen von den jeweiligen Bevölkerungen knapp abgelehnt wurden.

Kommen wir zur ersten Volksabstimmung: In Holland wurde über den Assotiationsvertrag mit der Ukraine abgestimmt und dieser abgelehnt.

Daraufhin meinten einige EU-PolitikerInnen, daß Volksabstimmungen eigentlich verboten gehören:

- Rebecca Harms ist gegen Volksabstimmungen zu EU-Themen[19]
  - diesselbe Dame war dauernd am Maidan in der Ukraine und meinte, die (ukrainische) Bevölkerung hätte das Recht, sich gegen ihre Regierung aufzulehnen und sie zu zwingen doch den EU-Assotiationsvertrag zu unterzeichnen. Damals genügten Ihr dabei jene (wenigen) DemonstrantInnen die am Maidan waren.
- Und damit auch gleich klar ist, wie wenig das Volk bei der EU-Politik mitzubestimmen hat, stellte der Präsident des EU-Rates der Staatschefs (Tusk) am Tag nach der Abstimmung fest, daß sie keinerlei Auswirkungen auf die vorläufige Anwendung des Vertrages mit der Ukraine hat.[20]
- Auch andere PolitikerInnen meinten, Volksabstimmungen würden die EU kaputtmachen[21]

19 *[in REBECCA_HARMS_GEGEN_EU_VOLKSABSTIMM]*
20 *[in ABSTIMMUNG_NIEDERLANDE_EGAL]*
21 *[in ASSELBORN_GEGEN_VOLKSABST]*

Mittlerweile gibt es eine neue Idee, alles beim Alten zu lassen und so zu tun, als ob die Volksabstimmung beachtet worden wäre:[22] Ein Zusatztext soll her !

Und so wurde es auch gemacht. Das Abkommen ist unverändert in Kraft, nur Holland hat seinen Zusatztext bekommen.

Gewarnt durch dieses Ergebnis, wurde bei der BREXIT-Kampange von Anfang an viel Druck ausgeübt, wunschgemäß gegen einen Austritt zu stimmen:

- sei es, daß Aktienkurse vor der Abstimmung unerklärlicherweise enorm in die Höhe gingen, um beim ungewünschten Ergebnis sofort wieder enorm zurückzugehen[23],
- Drohungen vor „kleinem England“[24]
- und die WTO warnte vor plötzlichen Zöllen in Milliardenhöhe[25]

Als auch diese Abstimmung nicht wunschgemäß verlief und Großbritannien für einen Austritt stimmte, kam gleich der Vorschlag noch einmal abstimmen zu lassen, weil die Bürger nicht gewußt haben, worum es ging.[26] Begründet wurde dies mit Medienberichten, daß die Bürger das Ergebnis mittlerweile bereuen würden.[27]

Als Schuldige wurden Pensionisten identifiziert, diese hätten die Zukunft der Jugend durch ihren EU-Haß verbaut.[28] Und es kam auch gleich die Lösung: In Zukunft sollten bei Abstimmung über den Austritt aus der EU, keine Pensionisten mehr abstimmen dürfen.[29]

Konsequent weitergedacht hieße es, daß bei diesen Abstimmungen in Zukunft auch Babys und Kindergartenkinder abstimmen müßten, denn es ist deren Zukunft.

Norbert Häring hat in seinem Blog auch klar dargelegt, daß die Jugend vielleicht auch deswegen nicht so zahlreich bei der Abstimmung war, weil sie aufgrund der aktuellen Politik in keiner der beiden Möglichkeiten eine Verbesserung für sich gesehen hat.[30]

Es wurde in diesem Zusammenhang von EU-Befürwortern die Frage gestellt, ob 52% Mehrheit bei EU-Themen ausreichend ist ?[31]

Interessant ist dabei folgendes:

Bei der EU-Parlamentswahl 2014 lag die Wahlbeteiligung in der Slowakei nur bei 13 %.[32] Das war knapp höher, als die Anzahl der Wahlberechtigten bei den letzten Kurienwahlen in der Donaumonarchie (~ 10%).[33]
Aber zurück zum Thema. Nur 13% der wahlberechtigten SlowakInnen haben ALLE slowakischen Abgeordneten bestimmt.
Ich habe keine jener PolitikerInnen gehört, daß sie dies demokratische bedenklich finden, wenn so

22 *[in ZUSATZTEXT_FUER_NIEDERLANDE; ZUSATZTEXT_NEIN_NIEDERLANDE]*
23 *[in VOR_BREXIT_AKTIENKURSE_STEIGEN]*
24 *[in BREXIT_KLEINES_ENGLAND]*
25 *[in BREXIT_ZOELLE]*
26 *[in BREXIT_WIEDERHOLEN; BREXIT_MINISTER_WILL_WIEDERHOLUNG; BREXIT_HINTERTUEREN_FUER_ANNULIERUNG]*
27 *[in BREXIT_WAEHLER_BEREUEN_WAHL]*
28 *[in BREXIT_JUNGE_FUERCHTEN_ZUKUNFT]*
29 *[in in BREXIT_PENSIONISTEN_WAHLRECHT_WEG]*
30 *[in BREXIT_MAER_JUGEND_PRO_EU]*
31 *[in BREXIT_52_PROZENT_GENUG]*
32 *[in SLOWAKEI_EU_WAHL_BETEILIGUNG]*
33 *Bei ~ 51 Millionen BewohnerInnen, waren zuletzt 5,7 Millionen wahlberechtigt. [in WIKI_DONAUMONARCHIE; WIRTSCHAFTSMUSEUM_PARLAMENT, S. 4]*

wenige WählerInnen bestimmen, wer die Slowakei im EU-Parlament vertritt. In den Medien wurde die geringe slowakische Wahlbeteiligung sogar als Ausdruck der Zufriedenheit interpretiert.[34]

Wie so oft in den letzten Jahrzehnten wird hier mit zweierlei Maß gemessen:

A) Entscheidung paßt den EU-Mächtigen nicht → Quorum ist zu niedrig, Bevölkerung zu dumm die Themenkomplexität zu verstehen

B) Entscheidung paßt den EU-Mächtigen → auch 13% Wahlbeteiligung ist ausreichend, NichtwählerInnen sind zufrieden und wollen nichts ändern

Natürlich weiß ich, daß es von den jeweiligen Landesgesetzen abhängt, wie hoch eine gültige Wahlbeteiligung sein muß. Das ändert aber nichts, an der obigen Einschätzung.

In die gleiche Richtung ging auch, daß vor der heiklen CETA-Abstimmung im Parlament, der damalige EU-Parlamentspräsident Schulz versuchte zu vermeiden, daß KritikerInnen auf die Rednerliste zur Plenardebatte nominiert wurden. Unterstützt wurde er dabei von den beiden großen EU-Parteien.[35]

Oder daß der EU-Kommissionspräsident zu dem Thema „Mitabstimmung der nationalen Parlamente zu CETA“ meinte: „Mir persönlich ist das Schnurzegal“.[36]

Da stellt sich schon die Frage: Welches Demokratieverständnis haben die Verantwortlichen auf EU-Ebene ?

Wenn die regulären Institutionen bei jeder Gelegenheit zeigen, daß sie auf die Wünsche/Ängste der Allgemeinheit pfeifen und jede soziale Forderung diffamieren, darf es einen wundern, wenn die Menschen dann rechten Populisten folgen ?

Die rechten Populisten sprechen wenigstens die Problempunkte an, auch wenn sie diese nicht lösen wollen. Sie versuchen durch Sündenbock-Politik von den eigentlichen Profiteuren abzulenken. Und tragen dazu bei, daß sich die schwächsten Gruppen gegenseitig zerfleischen, anstatt geeint ihre Forderungen an Reiche und Konzerne richten.

Das die Vielfalt der Meinungen positiv für die Menschen in der EU sein kann, zeigen die vielen Verhinderungen, die in den letzten Jahren mithilfe von NGOs, Gewerkschaften & Bürgerinitiativen gelungen sind:

- Privatisierung von Wasser → kommt erst wieder mit TISA;
- Extremes Verwertungsrecht (vulgo Urheberrechtsschutz) mit ACTA → kommt wieder mit CETA
- Erster Versuch der Konzernklagerechte durch MAI → nun wieder aktuell mit CETA

Allerdings ist wegen der Einstellung der EU-Mächtigen eine Verhinderung zum Wohl der Allgemeinheit nie endgültig, sondern nur eine kurze Atempause vor deren nächsten Versuch.

34 *[in SLOWAKEI_EU_WAHL_BETEILIGUNG]*
35 *[in KONTEXT_DEMOKRATIE_UNTERGRABEN; ATTAC_SCHULZ_WILL_JASAGER]*
36 *[in TAGESSCHAU_JUNCKER_MITBESTIMMUNG_EGAL]*

Ein anderes gutes Beispiel für die aktuell Eintönigkeit (anstatt Vielfalt) in der EU ist die inhaltliche Veränderung des Artikel 1 der österreichischen Verfassung.[37]

> „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Mit dem EU-Beitritt hätte man ergänzen müssen:

> „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus, **außer es widerspricht einer der 4 Wirtschaftsfreiheiten**.“

Mit der vollen Anwendung von CETA wird gelten:

> „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus, außer es widerspricht einer der 4 Wirtschaftsfreiheiten, **oder ein Handelspartner hat niedrigere Standards, oder die Harmonisierungskommission entscheidet anders oder einem Konzern entgehen Gewinne.**“

Irgendwie kann man den Eindruck bekommen, daß die vielen EU-Verträge die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Allgemeinheit/Politik immer mehr einschränken.

Das dürfte aber nur für die Allgemeinheit gelten.

Wirtschaftslobbyisten hingegen werden gerne empfangen, wie Untersuchungen über die Kontakte der EU-Kommission im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zeigten: 90% der Kontakte der EU-Kommissioin waren mit WirtschaftsvertreterInnen.[38]

Hierzu paßt auch das allgemeine Vorgehen der Politik z.B.: am CETA-Abkommen:

- Zuerst wurde völlig geheim mit Verhandlungen über die Materie begonnen (ohne irgendeine Information an die Bevölkerung)
- Als die Öffentlichkeit über Leaks/Whistleblowers von diesen Verhandlungen infomiert wurde, wurde sie beruhigt: Die Verhandlungen laufen noch, man soll einmal abwarten, wie das Ergebnis aussieht, bevor die Bevölkerung mitredet.
- Als die Verhandlungen beendet waren, konnte das Ergebnis nicht mehr verändert werden, weil sonst die „Glaubwürdigkeit der EU“ auf dem Spiel stünde.[39]

Vielfalt schaut für mich anders aus.

Als Alternative (bzw. Weg zu mehr Vielfalt) müßte die aktuelle EU-Struktur grundlegend geändert werden[40]. Hier einige Beispiele:

- Das würde ein Streichen der besonderen Wichtigkeit der Wirtschaftsfreiheiten bedeuten,
- Die kombinierte legislative & exekutive Gewalt der Ministerräte müßte beendet werden:
  - entweder Exekutive in Brüssel
  - oder Legislative in Brüssel
- Die EU-Kommission ist Partei und daher als Hüterin der Verträge nicht mehr geeignet (in welcher Demokratie ist die Regierung gleichzeitig Verfassungsgericht ?)
- Das EU-Parlament sollte zu einem Vollparlament aufgewertet werden

37 *[in OEST_VERFASSUNG, S. 52]*
38 *[in STAND_TTIP 90_PROZENT_WIRTSCHAFTSLOBBYISTEN]*
39 *[in CETA_GLAUBWUERDIGKEIT_EU]*
40 *[in EU_MACHTAENDERUNG_MEHR_DEMOKRATIE]*

- Die Troika ist parlamentarischer Kontrolle zu unterwerfen
- ...

In einer Übergangszeit sollte die Mitsprache der nationalen Parlamente (2.Kammer ?) aufgewertet werden.[41] Denn wenn aktuelle EU-Abgeordnete, in Wahlen mit niedriger Wahlbeteiligung (wie in der Slowakei 2014 nur 13%) gewählt wurden, vertreten sie einfach nicht ihre Bevölkerung (sondern wahrscheinlich nur die Profiteure des aktuellen Wirtschaftsprimates)

Wichtig wäre auch der Einbau direkter demokratischer Elemente (Volksabstimmungen). Schlechtere Bedingungen (bzw. Ergebnisse) für die Allgemeinheit als die EU-Kommissare, Beamten und EU-Abgeordneten kann die Bevölkerung bei z.B.: Entscheidungen über Freihandelsabkommen auch nicht erreichen. Ich würde mittlerweile sogar annehmen, daß die Ergebnisse besser wären.[42]

c) Es stellen sich für mich daher folgende Diskussions-Fragen:

- Ist die EU-Bevölkerung schon reif für Mitsprache ?
- Engt Demokratie die Vielfalt der EU ein ?
- Hat nur die Wirtschaft die Kompetenz komplexe soziale und gesellschaftliche Probleme zu lösen ?
- Ermöglicht eine Fokussierung auf Wirtschaftswünsche in der EU wirklich Vielfalt ?
- Wird die mangelnde Bildung der EU-Bevölkerung durch bewußtes Nichtberichten von komplexen Entscheidungs(zusammenhängen) gefördert ?
- Wo ist eher Vielfalt möglich: In einer Demokratie oder in einer Diktatur ?
- Warum glauben wir, daß nur in Hierarchien (wie in Unternehmen) effiziente Entscheidungen getroffen werden können ? Für wen sind sie effizient ?

41 *Hier wurde ich durch einen Kommentar aufmerksam gemacht, daß bei den geringen Wahlbeteiligungen bei der EU-Wahl in den einzelnen Ländern, die entsendeten VertreterInnen nicht die Gesamtbevölkerung repräsentieren. Das geschieht auch nicht durch die nationalen Parlamente. Dort ist aber meist die Wahlbeteiligung höher als bei der EU-Wahl, weil hier oft mehr Beeinflussung durch die Allgemeinheit möglich ist, als im fernen Brüssel. Daher macht es Sinn die nationalen Parlamenten in einer Übergangszeit mehr Mitsprache in der EU-Gestaltung/Gesetzgebung zu geben.*

42 *[in CETA_2087_GALL_DOERFER]*

d) Literatur

d.1) Bücher

ERMACORA, Felix [Hg.]; Österreichische Bundesverfassungsgesetze; Reclam, Wien 1985; [weiterhin OEST_VERFASSUNG]

d.2) Web-Links

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ceta-privilegien/ - 10.9.2017; [weiterhin CETA_DEMOKRATIE_GEFAEHRDUNG]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/investitionsschutz-im-finanzsektor-staaten-auf-der-verliererbank/ - 10.9.2017; [weiterhin FREIHANDEL_INVESTORENKLAGE]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/vw-skandal-die-macht-der-konzerne-beim-lobbying-auf-eu-ebene/ - 05.09.2016; [weiterhin EU_LOBBYISMUS]

http://blog.zeit.de/ladurnerulrich/2016/10/27/es-geht-nicht-nur-um-ceta/ - 10.9.2017; [weiterhin CETA_GLAUBWUERDIGKEIT_EU]
http://derstandard.at/2000001400473/EU-Wahl-in-der-Slowakei-Wo-Zufriedenheit-Waehler-zuhause-bleiben – 22.5.2014; [weitherhin SLOWAKEI_EU_WAHL_BETILIGUNG]

http://derstandard.at/2000002846212/Unternehmen-dominieren-Freihandels-Lobbying – 10.9.2017; [weiterhin STAND_TTIP 90_PROZENT_WIRTSCHAFTSLOBBYISTEN]

http://derstandard.at/2000039960036/Britischer-Minister-Hunt-bringt-zweites-Referendum-ins-Spiel – 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_MINISTER_WILL_WIEDERHOLUNG]

http://fm4.orf.at/stories/1777337/ - 10.9.2017; [weiterhin EU_GUMMIPARAGRAPH_TERROR]

http://momentum-kongress.org/cms/uploads/ABSTRACT_Kowald_EU_Kritik_Machtaenderung_ueberarbeitet.pdf – 20.10.2016; [weiterhin EU_MACHTAENDERUNG_MEHR_DEMOKRATIE; PW: _MomMacht16]

http://momentum-kongress.org/cms/uploads/PAPER_Kowald-Erich_EU-Kritik.pdf - 20.10.2015; [weiterhin EU_POLITISCHER_HANDELSPAKT]

http://norberthaering.de/de/27-german/news/645-brexit-jugend#weiterlesen – 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_MAER_JUGEND_PRO_EU]

http://orf.at/stories/2333511/ - 10.9.2017; [weiterhin ASSELBORN_GEGEN_VOLKSABST]

http://orf.at/stories/2343657/ - 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_KLEINES_ENGLAND]

http://orf.at/stories/2343657/2343627/ - 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_ZOELLE]

http://orf.at/stories/2346533/ - 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_JUNGE_FUERCHTEN_ZUKUNFT]

http://orf.at/stories/2346695/2346610/ - 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_WAEHLER_BEREUEN_WAHL]

http://orf.at/stories/2364951/2364958/ - 10.9.2017; [weiterhin ZUSATZTEXT_NEIN_NIEDERLANDE]

http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2016/11/18/ceta-schulz-will-nur-ja-sager-zu-wort-kommen-lassen.html# --- 10.9.2017; [weiterhin ATTAC_SCHULZ_WILL_JASAGER]

http://www.handelsblatt.com/politik/international/luxleaks-informanten-drohen-bis-zu-zehn-jahren-haft/13496186.html– 13.2.2017; [weiterhin HANDEL_LUXLEAK_WHISTLE_ANKLAG]

http://www.heise.de/tp/artikel/48/48652/1.html – 10.10.2016; [weiterhin BREXIT_PENSIONISTEN_WAHLRECHT_WEG]

http://www.kontext-tv.de/de/blog/nichts-gelernt-wie-christ-und-sozialdemokraten-die-europaeische-demokratie-untergraben - 10.9.2017; [weiterhin KONTEXT_DEMOKRATIE_UNTERGRABEN]

http://www.nachdenkseiten.de/?p=24961 – 10.9.2017; [weiterhin TTIP_FUER_KONZERNE]

http://www.spiegel.de/politik/ausland/petition-drei-millionen-wollen-neues-referendum-zum-brexit-a-1099853.html – 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_HINTERTUEREN_FUER_ANNULIERUNG]

http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_77479638/niederlande-stimmt-gegen-eu-abkommen-mit-der-ukraine.html – 10.9.2017; [weiterhin ABSTIMMUNG_NIEDERLANDE_EGAL]

http://www.tagblatt.ch/nachrichten/wirtschaft/EU-Staaten-koennten-Ukraine-Abkommen-retten;art253651,4855216 – 10.9.2017; [weiterhin ZUSATZTEXT_FUER_NIEDERLANDE]

http://www.zeit.de/politik/2016-06/eu-referendum-grossbritannien-brexit-mathematik-messfehler – 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_52_PROZENT_GENUG]

http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/brexit-referendum-demokratie-eu-wiederholung – 10.9.2017; [weiterhin BREXIT_WIEDERHOLEN]

https://de.wikipedia.org/wiki/EG-Fusionsvertrag - 10.9.2016; [weiterhin WIKI_EG_FUSIONSVERTRAG]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Gemeinschaft_f%C3%BCr_Kohle_und_Stahl – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_MONTANUNION_DE]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Gerichtshof – 10.9.2017; [weiterhin WIKI_EUGH]

https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament - 20.10.2014; [weiterhin WIKI_EP]

https://de.wikipedia.org/wiki/European_Round_Table – 15.9.2015; [weiterhin WIKI_ERT]

https://de.wikipedia.org/wiki/K.u.k._gemeinsame_Ministerien – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_KUK_MINISTERIEN]

https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon – 12.9.2015; [weiterhin WIKI_VERTRAG_LISSABON]

https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Maastricht – 11.9.2015; [weiterhin WIKI_MAASTRICHT]

https://en.wikipedia.org/wiki/European_Coal_and_Steel_Community – 10.9.2015; [weiterhin WIKI_MONTANUNION_EN]

https://www.heise.de/tp/features/2-087-kleine-und-grosse-gallische-Doerfer-3360581.html – 10.9.2017; [weiterhin CETA_2087_GALL_DOERFER]

https://www.heise.de/tp/features/Die-Brexit-Kampagne-3380266.html – 10.9.2017; [weiterhin VOR_BREXIT_AKTIENKURSE_STEIGEN]

https://www.heise.de/tp/features/Positivliste-Meistbeguenstigtenklausel-und-vorlaeufige-Anwendung-3221977.html - 10.9.2017; [weiterhin TP_POSITIVLISTE]

https://www.heise.de/tp/features/Rebecca-Harms-gegen-Volksabstimmungen-zu-EU-Themen-3379502.html – 10.9.2017; [weiterhin REBECCA_HARMS_GEGEN_EU_VOLKSABSTIMM]

https://www.heise.de/tp/features/Wie-Europas-Politik-den-Terror-fuer-sich-instrumentalisiert-3376751.html – 10.9.2017; [weiterhin EU_TERROR_INSTRUMENTALISIERT]

https://www.heise.de/tp/features/TTIP-Abkommen-gegen-Mindestloehne-3363367.html – 10.9.2017; [weiterhin TTIP_GEGEN_ARBEITSRECHTE]

http://www.solidarwerkstatt.at/index.php?option=com_content&view=article&id=1697:eu-parlament-fordert-100-zusaetzliche-ruestungsmilliarden&catid=62&Itemid=89 – 10.9.2017; [weiterhin EU_AUFRUESTUNG]

https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ceta-eu-105.html – 10.9.2017; [weiterhin TAGESSCHAU_JUNCKER_MITBESTIMMUNG_EGAL]